

Für die Umwelt ein Gruselkabinett

Friedhelm Hengsbach SJ

Der Bundeskanzler hat sich in der Regierungsbilanz der weithin missratenen Agenda 2010 für die „ökologische Modernisierung“ eingesetzt. Technik und Umwelt gehören seiner Meinung nach zu den Innovationsträgern. Aber gleichzeitig kultivieren die Minister Trittin und Clement seit Monaten einen hartnäckigen Streit darüber, wie und in welchem Tempo die im Kyoto-Protokoll zugesagte Verringerung des CO₂-Ausstoßes realisiert und wie der von der EU beschlossene Emissionshandel in Deutschland umgesetzt werden sollen.

Seit den 70er Jahren unkt die Industrielobby gegen verschärfte Umweltauflagen mit Argumenten, die empirisch widerlegt sind. Regelmäßig schafft sie es, sich einen Platz am Kabinetttisch zu erstreiten. Sie behauptet, dass den Umweltauflagen viele Betriebe zum Opfer fallen; diese müssten entweder schließen oder ins Ausland abwandern. Deutsche Produkte verteuerten sich auf dem Weltmarkt, so dass sie gegenüber ausländischen Firmen nicht mehr wettbewerbsfähig seien. Weitere Umweltauflagen lösten einen Investitionsstau aus, so dass keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstünden.

Die Statistik belegt jedoch, dass der Aufwand, der betrieben wird, um die Umweltauflagen einzuhalten, im Vergleich mit anderen Kostenfaktoren eine nur untergeordnete Rolle spielt. Er ist zu gering, um die nationale oder globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen entscheidend zu beeinflussen. Darüber hinaus nimmt die deutsche Umweltindustrie auf dem Weltmarkt für Umweltschutzgüter vor den USA und Japan eine führende Position ein. Und die Zahl der direkt und indirekt im Sektor Umweltschutz Beschäftigten entspricht bereits der Zahl der im Fahrzeugbau Beschäftigten.

Lässt sich der Konflikt zwischen Umweltschutz und Beschäftigung vielleicht gar auflösen? Indem der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien, die konsequente Verbreitung sparsamer Energienutzung, ein ökologisch ehrgeiziger Umbau des Verkehrs und des Städtebaus sowie eine verstärkte Nachfrage nach Dienstleistungen des Handwerks eine halbe Million zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen?

Die Prognosen umweltinduzierter Beschäftigung leben von anspruchsvollen theoretischen Annahmen. Eine Umschichtung der Einsatzfaktoren Technik und Arbeit erfolgt nicht elastisch und reibungslos auf die Änderung relativer Preise. Den positiven Beschäftigungswirkungen im Umweltsektor stehen negative Wirkungen in jenen Sektoren gegenüber, die vom ökologischen Umbau besonders betroffen sind. Außerdem ist ein Teil der umwelt erzeugten Beschäftigung Reparaturarbeit und nur solange wirksam, wie der nachsorgende Umweltschutz den ersten Rang einnimmt; damit können Unternehmer und

Gewerkschaften leben, nicht jedoch die Umwelt, meint Ernst Ulrich von Weizsäcker. Ein vorsorgender Umweltschutz jedoch kann bewirken, dass die Reparatur von Umweltschäden allmählich überflüssig wird. Der umwelterzeugte Beschäftigungssaldo fällt dann langfristig eher niedrig aus. Umweltschutz ist also nicht automatisch ein dynamischer Beschäftigungsmotor.

Die Ziele eines umweltverträglichen und beschäftigungsfreundlichen Wirtschaftens, die am Kabinettstisch aufeinander prallen, sollten nicht gegeneinander ausgespielt oder wechselseitig instrumentalisiert werden. Umweltschutz und hoher Beschäftigungsgrad sind eigenwertige Ziele einer innovativen Wirtschaftspolitik.

Frankfurter Rundschau, 02.04.04, 27.